

Pressemitteilung

CFS-Umfrage:

„Wirtschaftspolitische Herausforderungen der neuen Bundesregierung“

Deutsche Finanzbranche fordert Steuererleichterungen und mehr Investitionen in die Infrastruktur

FRANKFURT, 06. März 2025

Hintergrund:

Angesichts einer schwachen Konjunktur und anhaltenden geopolitischen Risiken steht die neue Bundesregierung vor großen Herausforderungen, auch in der Wirtschaftspolitik. Dies haben wir zum Anlass genommen, Fach- und Führungskräfte aus dem Finanzsektor nach ihren Einschätzungen zu künftigen Prioritäten der Bundesregierung zu befragen.

Ergebnisse der Umfrage

Eine überwältigende Mehrheit der Befragten hält eine steuerliche Entlastung für Unternehmen für wichtig (51,3%) oder sogar sehr wichtig (40,7%), um die gegenwärtige Schwäche der deutschen Wirtschaft zu überwinden. Gleichzeitig halten die Panelteilnehmer hohe Investitionen in die digitale und logistische Infrastruktur für sehr wichtig (59,5%) oder wichtig (39,2%). Trotz dieser großen Übereinstimmung sind nur ca. 53% der Meinung, dass hohe öffentliche Investitionen in die Infrastruktur eine Nicht-Einhaltung der Schuldenbremse rechtfertigen. 44% teilen diese Auffassung nicht. „Die Umfrageergebnisse verdeutlichen, dass die Finanzierbarkeit von Steuererleichterungen und gleichzeitig steigenden Investitionen ein Knackpunkt ist. Ohne eine Reform der Schuldenbremse dürfte es schwierig werden“, erläutert Professor Volker Brühl, Geschäftsführer des Center for Financial Studies an der Goethe-Universität.

Es besteht parteiübergreifend weitgehend Konsens, dass Bürokratie abgebaut werden sollte. Interessant ist, dass ca. 65% der Befragten dennoch nicht damit rechnen, dass man auf diesem Gebiet substanzielle Fortschritte erzielt.

„Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“, fasst die Stimmung zusammen. Der Mehrheit scheint es wie Faust beim Osterfest zu ergehen. Der Ruf nach einer spürbaren Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ist vernehmlich. Und es wäre kein Hexenwerk, Berichtspflichten auf ein sinnvolles Maß zu reduzieren und Regulierung risikogerecht zu praktizieren“, sagt Hubertus Väth, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance.

Pressemitteilung

Ein weiteres Wachstumshemmnis stellt der seit langem beklagte Fachkräftemangel z.B. im Handwerk, bei Ingenieuren und IT-Spezialisten dar. Gleichzeitig nimmt die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen in kaufmännischen Berufen und Studiengängen (BWL) immer mehr zu. Etwa 88% der Befragten halten dies für eine Fehlentwicklung.

„Es bedarf einer veränderten Bildungs- und Wissenschaftspolitik, um den strukturellen Mangel in den MINT-Fächern und die Nachwuchssorgen im Handwerk zu beheben. Zur Not muss die Anzahl der Studienplätze in den Wirtschaftswissenschaften begrenzt und ein harter NC eingeführt werden“, ergänzt Brühl.

Die Ergebnisse basieren auf einer vierteljährlich vom Center for Financial Studies durchgeführten Managementbefragung unter Unternehmen des Finanzstandortes Deutschland.

Wir danken Frankfurt Main Finance e.V. für die finanzielle Förderung des Projekts.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Professor Dr. Volker Brühl
069/798 30050
volker.bruehl@hof.uni-frankfurt.de

Das Center for Financial Studies (CFS) betreibt unabhängige und international orientierte Forschung in allen wesentlichen Themenfeldern der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Monetären Ökonomie: von Finanzstabilität und Bankenregulierung über Wertpapierhandel und -bewertung auf Finanzmärkten, Portfolioentscheidungen von Haushalten und Recht und Ökonomie von Finanzorganisationen bis hin zu Geldpolitik und Ökonomie von Finanzmärkten. Das CFS leistet, unter Verwendung relevanter Erkenntnisse aus seinen Forschungsbereichen, einen Beitrag zu politischen Debatten und Analysen. Es greift für seine Forschungsprojekte und Politikberatung auf ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Finanzindustrie und Zentralbanken in- und außerhalb Europas zurück.